

**Ergebnisprotokoll  
über die Sitzung des Akademischen Senats am 2. Februar 2005 (VI/6), von  
14.00 Uhr bis 19.30 Uhr**

**Vorsitz:** Prof. Dr. Edda Siegl, MNF

**Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:**

Prof. Dr. Wolfgang Bernard, PHF	
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF	bis 17.20 Uhr
Prof. Dr. Michael Hembus, AUF	
Prof. Dr. Bernhard Lampe, IEF	
Prof. Dr. Dieter Neßelmann, MNF	
Prof. Dr. Michael Rauscher, WSF	i.V.v. Prof. Dr. Theodor Nebl, WSF
Prof. Dr. Peter Schuff-Werner, MEF	
Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz, JUF	bis 17.55 Uhr
Prof. Dr. Marianne Wigger, MEF	i.V.v. Dr. Andreas Crusius, MEF
Thomas Nocke, IEF	i.V.v. Dr. Barbara Amling, RZ
Dr. Cornelia Mannewitz, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
stud. Christian Beyer, PHF	
stud. Michael Fengler, PHF	ab 14.10 Uhr
stud. Maik Walm, PHF	
stud. Thomas Wolff, MNF	
Dr. Christa Radloff, RZ	
Ingrid Klingbeil, IEF	

**Anwesende beratende Mitglieder:**

Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel	Rektor, zeitweise fehlend
Prof. Dr. Karl Hantzschmann	Prorektor
Joachim Wittern	Kanzler
Prof. Dr. Wolfgang Riedel	Dekan AUF, bis 16.00 Uhr
Prof. Dr. Elmar Mohr	Prodekan AUF, i.V. des Dekans AUF ab 16.15 Uhr
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Dekanin IEF, bis 19.00 Uhr
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF, bis 18.35 Uhr
Prof. Dr. Ralph Weber	Dekan JUF, bis 17.55 Uhr
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan MNF
Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg	Dekanin MEF, bis 17.25
Prof. Dr. Hermann Michael Niemann	Dekan THF
Prof. Dr. Jakob Rösel	Dekan WSF, bis 17.35 Uhr
Prof. Dr. Gottfried Benad	Ehrensensator, bis 17.15 Uhr
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator, bis 17.15 Uhr
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator
Dr. Gundula Moldenhauer	Gleichstellungsbeauftragte
Prof. Dr. Helga Joswig	Behindertenbeauftragte

stud. Christoph Friederich  
 stud. Claudia Hantke  
 Dr. Sybille Bachmann

stellv. StuRa-Präsident  
 stellv. AStA-Vorsitzende  
 Personalrat

### **geladene Gäste:**

Prof. Dr. Christoph Sowada, Studiendekan, JUF	zu TOP 6
Prof. Dr. Hans-Wilhelm Pau,	zu TOP 7
Vorsitzender der Habilitationskommission, MEF	

### **Vorläufige Tagesordnung:**

#### **I Regularien**

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

#### **II Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten** (- nichtöffentlicher Teil der Senatssitzung -)

- 2 Gespräch mit Herrn Dr. Jost Mediger, Staatssekretär im Finanzministerium

#### **I – Fortsetzung- Regularien**

- 3 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzungen des Akademischen Senats vom 5. und 12. Januar 2005 (VI/4 / VI/5)
- 4 Beschlusskontrolle
- 5 Anfragen an die Universitätsleitung / Information der Universitätsleitung

#### **III Angelegenheiten aus Studium und Lehre**

- 6 2. Lesung zur Beschlussfassung über die Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät  
 Bericht: Prof. Dr. Sowada, Studiendekan  
 Vorlage: VI/27  
 VI/35

#### **IV Personalangelegenheiten (- nichtöffentlicher Teil der Senatssitzung -)**

- 7 Beschlussfassung über die Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin“ an PD Dr. Regina Zimmermann auf Antrag der Medizinischen Fakultät  
 Bericht: Senator Prof. Dr. Hembus, Koreferent  
 Prof. Dr. Pau, Vorsitzender der Habilitationskommission  
 Vorlage: VI/32

#### **V Haushaltsangelegenheiten**

- 8 Körperschaftshaushalt Plan 2005  
 Bericht: Kanzler  
 Vorlage: VI/33

- 9 Bestätigung des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 106 LHG M-V für die laufende Amtsperiode  
 Bericht: Kanzler  
 Vorlage: VI/34

## **VI Information**

### **zu 1**

Der Senat war mit 19 und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 18, 17 und 15 stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

### **zu 2**

Die Vorsitzende des Senats begrüßte alle Anwesenden und stellte Herrn Dr. Mediger kurz vor. Dr. Jost Mediger ist seit 1998 Staatssekretär im Finanzministerium und war davor Abteilungsleiter der Abteilung Haushalt und Finanzwirtschaft.

Herr Dr. Mediger nahm nach einigen einleitenden Worten, in denen er u.a. den Einfluss der Hochschulen des Landes als wichtigen Faktor zur wirtschaftlichen Entwicklung würdigte, ausführlich zum aktuellen Personalkonzept der Landesregierung Stellung. Ausgehend von den aktuellen Rahmenbedingungen zeichnete der Staatssekretär die Lage auf, in der sich das Land auf Grund der angespannten Haushaltslage befindet.

Im Hinblick auf die Veränderungen im Land Mecklenburg-Vorpommern verwies der Staatssekretär auf die verminderten Steuereinnahmen, die ungefähr den Stand von 1995 erreicht haben. Ebenso nannte er die Fehlentwicklung in den neuen Bundesländern bezüglich der überhöhten Aufwendungen für Personal. Hinzu kämen eine dünne Besiedlung sowie eine ungünstige Aufteilung der Landkreise. Eine Reaktion auf die gewandelten Rahmenbedingungen kann nur in einem rigorosen Konsolidierungskurs münden. Kürzungen sollten dabei nicht in einem Schritt, sondern in Etappen verlaufen. So wird die Umsetzung der Strukturveränderungen auch unter Beachtung des Erhalts der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Hochschulen erfolgen. Staatssekretär Mediger wies auf das Personalkonzept als weitere wichtige Säule einer grundlegenden Verwaltungsreform hin, zu der neben dem Konzept der Landesbehördenkonzentration auch die Reform der Kreisstrukturen gehöre. Anhand der aktuell veröffentlichten Zahlen, die auf der Grundlage eines zweistufigen Vergleichs mit den Landesverwaltungen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein resultierten, zeigte Herr Dr. Mediger die geplanten Stellenkürzungen an den Hochschulen von 600 Stellen bis 2017 (ohne Medizinische Fakultäten) auf, die im mehreren Stufen abgebaut werden sollen. Die Umsetzung der Stelleneinsparungen wird verbleibende Standorte stärken, Konzentrationen erhöhen und den Erhalt dauerhaft leistungsfähiger Hochschulen zum Ergebnis haben.

Zum aktuellen Thema Studiengebühren verwies der Staatssekretär auf die Haltung der Landesregierung, wobei jedoch die Einflüsse der Bundesregierung abzuwarten bleiben. Er schlug vor, im Falle von Studiengebühren diese direkt den Hochschulen zu Gute kommen zu lassen, um damit das Baugeschehen zu intensivieren und die Bücherbeschaffung zu forcieren.

Im Anschluss an die Ausführungen fand ein intensiver Meinungsaustausch statt. Vorrangig ging es dabei um den Erhalt der Rostocker Universität als Gesamtheit. Prof. Guthoff gab dabei in seinen Ausführungen zum Thema „Erhalt der Zahnmedizin“ zu bedenken, dass Einsparpotenziale möglichst unter objektiven, nachvollziehbaren Kostenbetrachtungen zu prüfen sind. Er legte dar, dass die Landesregierung ohne

Angabe von Gründen einer Empfehlung des Landesrechnungshofes 1996 bezüglich der Zahnmedizin in Rostock und Greifswald nicht gefolgt ist (Anlage: Zitate aus dem Bericht des Landesrechnungshofes).

Der Staatssekretär Herr Dr. Mediger wurde gebeten, dieses Vorgehen zu kommentieren und Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen zu machen.

Herr Dr. Mediger schloss sich der Meinung, dass vertrauensbildende Maßnahmen notwendig sind, an, möchte jedoch zum Thema „Zahnmedizin“ keine weiteren Ausführungen machen.

Der Kanzler zeigte anhand von möglichen Szenarien auf, inwieweit Fakultäten vom Einsparkonzept betroffen sein könnten und welche Folgen das hätte. Herr Dr. Mediger beantwortete eine Vielzahl von Fragen zum Personalkonzept und zu möglichen Konstellationen bei der Einsparung von Doppelungen an den Hochschulen des Landes. Auch die Modalitäten hinsichtlich der Einbindung der Personalkoordinierungsstelle des Innenministeriums (PKS) bei der Besetzung aller nichtwissenschaftlichen Stellen an der Universität brachte der Kanzler zur Sprache. Nach Zusage des Kanzlers, die Problematik in schriftlicher Form darzulegen, erklärte sich Herr Dr. Mediger bereit, sich mit dem Problem speziell an Universitäten zu befassen.

Zum Abschluss der Debatte wies Staatssekretär Mediger darauf hin, dass trotz der Differenzen eine einvernehmliche Lösung angestrebt wird und der eingeschlagene Sparkurs auch im Hinblick auf den langfristigen Erhalt des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zu betrachten sei.

Die Vorsitzende des Senats bedankte sich bei Herrn Dr. Mediger für die kompetenten Ausführungen.

## **zu 1**

Der Senat bestätigte die um folgende Punkte erweiterte Tagesordnung:

### **I Regularien**

Fortsetzung-

- 13 Diskussionskultur im Akademischen Senat (Senatorin Dr. von Oeynhausen)

### **II – Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten**

Fortsetzung-

- 10 Positionspapier des Akademischen Senats der Universität Rostock zur Hochschulpolitik  
 Bericht: Prof. Dr. Guthoff, Senator  
 Vorlage: VI/37, wurde den Senatsmitgliedern per Email am 28. Januar 2005 übermittelt

### **IV Personalangelegenheiten**

- 11 Nominierung von Sabine Christiansen als Kandidatin für den Universitätsrat  
 Bericht: Vorsitzende des Senats  
 Vorlage: VI/38, lag dem Senat als Tischvorlage vor

### **VII Strukturangelegenheiten**

- 12 Information zur Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3 – Germanistische Sprachwissenschaft  
 Bericht: Prof. Dr. Bernard, i.V.v. Dekan PHF  
 Vorlage: VI/36, lag dem Senat als Tischvorlage vor

**zu 3**

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 5. Januar 2005 (VI/4) wurde ohne Änderungen bestätigt. Das Ergebnisprotokoll vom 12. Januar 2005 (VI/5) wurde mit folgender Änderung bestätigt

Auf Seite 12 zu Tagesordnungspunkt 10 wird Absatz 2 um die Sätze 2 - 4 gekürzt und Satz 1 mit dem Zusatz erweitert: „, die folgendes Ergebnis zum Inhalt hatte:“.

**zu 4**

Es lagen keine Punkte zur Beschlusskontrolle vor.

**zu 7**

Im Ergebnis der Vorstellung des Antrages der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin“ an Frau PD Dr. Regina Zimmermann durch den Vorsitzenden der Habilitationskommission, Prof. Dr. Pau sowie nach kurzer Aussprache über Lehrtätigkeit und Gutachterausswahl stimmte der Senat mehrheitlich dem vorliegenden Antrag zu.

Beschlusnummer: VI/31

Abstimmungsergebnis: 14/1/4

**zu 11**

Prof. Dr. Felcht hatte die Wahl zum Mitglied des Universitätsrats aufgrund seines derzeitigen hohen Arbeitsaufwands abgelehnt. Frau Prof. Siegl schlug deshalb vor, erneut das Verfahren der Kandidatenfindung aufzunehmen und dem Konzil einen Wahlvorschlag zu unterbreiten, damit dem Gremium fünf Mitglieder angehören und begründete die Nominierung von Frau Sabine Christiansen als Kandidatin für den Universitätsrat. Die Einverständniserklärung von Frau Christiansen liegt der Vorsitzenden vor. Nach kurzer Aussprache bestätigte der Senat in geheimer Abstimmung Frau Sabine Christiansen als Kandidatin für die Wahl zum Mitglied des Universitätsrats.

Beschlusnummer: VI/32

Abstimmungsergebnis: 12/4/3

**zu 10**

Auf der Grundlage des von der Arbeitsgruppe des Senats (Prof. Dr. Paschen, Prof. Dr. Guthoff) sowie unter Mitwirkung der Senatoren Prof. Dr. Lampe und Prof. Dr. Nebl vorgelegten Positionspapiers fand im Senat eine kontroverse Aussprache statt. Im Gremium wurden dabei unterschiedliche Positionen zu Aktualität, Notwendigkeit zum jetzigen Zeitpunkt und Inhalt des Positionspapiers vertreten. Dabei ging es in der Debatte neben Umfang und Positionierung des Papiers auch darum, inwieweit Änderungen nötig sind und gegebenenfalls eingebracht werden sollen. Als Resultat der Aussprache einigte sich der Senat darauf, über konkrete Änderungen abzustimmen und diese in das Papier aufzunehmen.

Der Senat bestätigte im Anschluss das Positionspapier zur Hochschulpolitik mit folgenden Änderungen:

auf Seite 1, Absatz 2, wird „voller Sorge“ durch „feststellen“ ersetzt,

auf Seite 1, Absatz 3, wird „Flucht von Landeskinderen“ durch Abwanderung ersetzt,

auf Seite 1 unter Punkt 1, Absatz 2, wird „bilden die Basis für das gesamte“ durch „zentraler Bestandteil des“ ersetzt,

auf Seite 1 unter Punkt 2, Absatz 2, Satz 2 wird der Satz hinter „... zum Ausdruck“ gekürzt,  
 auf Seite 2, Absatz 1 wird „Exzellenz-Centren“ in „Exzellenz-Zentren“ geändert,  
 auf Seite 2, Absatz 3, Satz 2 wird „sowie Gebühren“ gestrichen, „Einnahmen“ durch den Zusatz „eigene Einnahmen“ ersetzt und an den Satzanfang gestellt und  
 auf Seite 3, werden der 3. und 4. Anstrich zusammengefasst, „Wirtschaftswissenschaften“ und „Sozialwissenschaften“ durch „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ und „KMU“ mit „kleine und mittelständische Unternehmen“ ersetzt.

Beschlussnummer: VI/33

Abstimmungsergebnis: 12/0/6

Im Anschluss an die Abstimmung verständigte sich der Senat darauf, den Tagesordnungspunkt 5 abzuwarten, um nach den Ausführungen des Rektors festzulegen, wie mit dem Positionspapier weiter zu verfahren ist. \*

#### **zu 6**

In 2. Lesung befasste sich der Senat mit der Prüfungsordnung der Juristischen Fakultät. Die von den studentischen Senatoren eingereichte Vorlage Nr. VI/35 beantragte die Erweiterung des § 9 um den Zusatz „... und Elternschaft“.

Prof. Dr. Sowada, Studiendekan der Juristischen Fakultät, ging in seinen Ausführungen umfassend auf die ablehnende Haltung der Juristischen Fakultät hinsichtlich des Änderungsvorschlages ein. Der Tatbestand der Elternschaft per se sollte in Anlehnung an die JAPO (Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung) als vergleichbare Ausgangsvorlage nicht in die Prüfungsordnung Eingang finden. Dem entgegen argumentierten einige Senatsmitglieder, dass nur eine geringfügige Anzahl der Studierenden für diese Regelung in Betracht komme.

Im Ergebnis der Diskussion stimmte der Senat mehrheitlich dem Antrag der Studierenden zu.

Beschlussnummer: VI/34

Abstimmungsergebnis: 15/1/1

#### **zu 5**

Der Rektor informierte zu Beginn seiner Ausführungen über ein Schreiben des Bildungsministeriums zur Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung und erläuterte die Position der Universitätsleitung. Die in dem Schreiben des Bildungsministeriums angedeuteten Verfahrensvorschläge sind in der Art und Weise ohne weiteres nicht umsetzbar. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte der Rektor detailliert die Grundzüge des Personalkonzeptes der Landesregierung für den Hochschulbereich und den Zeitplan vor:

die Streichung der für die Hochschulen ausgewiesenen 600 Stellen wird für die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter im Verhältnis 1:1 erfolgen, 300 Stellen entfallen bis 2009, die restlichen 300 schrittweise von je 100 in den Jahren 2012, 2015 und 2017, bis zum Jahr 2009 sind in der Medizinischen Fakultät 52 Stellen abzubauen, detaillierte Vorgaben des Bildungsministeriums zur Stellenverteilung auf fünf „Wissenschaftsbereiche“ liegen vor, Abstimmungsgespräche über „Spielregeln“ und Inhalte mit dem Greifswalder Rektor finden am 7. und 21. Februar

---

\* Das beschlossene Positionspapier wurde zu Beginn der Senatssitzung am 9. Februar 2005 an die Senatoren verteilt.

2005 statt, Vorstellung der Ergebnisse finden in den Senaten am 22. Februar 2005 (Greifswald vormittags, Rostock nachmittags) statt, am 23. Februar 2005 Klausurtagung des Bildungsministeriums mit den Rektoren (Landesrektorenkonferenz). Im weiteren Diskussionsverlauf wurde die Frage der Einbindung des Senats in den Abstimmungsprozess der Hochschulleitung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Personalkonzepts der Landesregierung gestellt. Der Rektor wies auf Fragen hinsichtlich des Informationsrechts der Senatsmitglieder darauf hin, dass die Abstimmung mit Greifswald der Vertraulichkeit unterliegt und dass diese Vorschläge dem Senat am 22.2.05 mitgeteilt werden.

Im Ergebnis der Aussprache verständigte sich der Senat darauf, am 9. und 16. Februar Sondersitzungen einzuberufen (Thema: Diskussion zur Hochschulpolitik – Stellenkürzungen im Hochschulbereich). Der Kanzler sicherte in Abstimmung mit dem Rektor zu, den Senatsmitgliedern das Schreiben des Bildungsministeriums in gekürzter Fassung sowie Informationsmaterial (Stellenpläne, Investitionspläne, Studierendenzahlen der Fakultäten u.a.) bis zur nächsten Sitzung am 9. Februar zur Verfügung zu stellen.

Beschlusssnummer: VI/35  
Abstimmungsergebnis: 10/3/3

Im Anschluss teilte der Rektor mit, dass bis auf weiteres Ruferteilungen bei Professuren ausgesetzt werden.

#### **zu 8**

Der Kanzler informierte den Senat über Einzelheiten des Körperschaftshaushaltsplans 2005. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Gründung einer Weiterbildungsgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH. Im Ergebnis der Berichterstattung durch den Kanzler bestätigte der Senat einstimmig den Haushaltsplan 2005 für das Körperschaftsvermögen und dessen Satzung.

Beschlusssnummer: VI/36  
Abstimmungsergebnis: 15/0/0

#### **zu 9**

Im Anschluss an die Ausführungen des Kanzlers bestätigte der Senat die Zusammensetzung des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 106 LHG für die laufende Amtsperiode mit nachfolgenden Mitgliedern:

Senator Prof. Dr. Bernhard Lampe, Fakultät für Informatik und Elektrotechnik,  
Senatorin Dr. Viola von Oeynhausen, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät,  
Senatorin Dr. Christa Radloff, Rechenzentrum

Beschlusssnummer: VI/37  
Abstimmungsergebnis: 15/0/0

#### **zu 12**

Prof. Dr. Bernard stellte in Vertretung des Dekans der Philosophischen Fakultät den Antrag zur Einleitung des Berufungsverfahrens für die Wiederbesetzung der W3 – Professur Germanistische Sprachwissenschaft.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

**zu 13**

Frau Dr. von Oeynhausen zog ihren Tagesordnungspunkt zurück.

**zu VI**

Die Vorsitzende des Senats informierte darüber, dass die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dr. Moldenhauer, zum 15. Februar 2005 aus der Universität ausscheiden wird. Das Amt der Gleichstellungsbeauftragten wird bis zum Ende der Amtszeit durch die Fakultätsvertreterin aus der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät, Frau PD Dr. Maier, übernommen. Der Senat dankt Frau Dr. Moldenhauer für ihr Engagement und die geleistete Arbeit.

Bestätigt:

Protokoll:

Prof. Dr. Edda Siegl

Michael Kohlmann

Vorsitzende des Senats

Referat 1.2

**Anlage:****Erklärung zum Sitzungsverlauf des Tagesordnungspunktes 2 von Prof. Dr. Rudolf Guthoff, Medizinische Fakultät**

Beispielhaft wird aus der Pressemitteilung des Landesrechnungshofes vom 05.06.1996 zitiert, in dem es heißt:

„Der Landesrechnungshof kann demnach die Einschätzung des Finanzministeriums, dass die Sanierungs- und Erweiterungskosten für Rostock höher als für Greifswald sind, nicht nachvollziehen. Wesentlich für die Standortbetrachtung sind jedoch nicht nur finanzielle Aspekte, sondern vor allem die zum Betrieb einer Zahnmedizinischen Fakultät notwendigen bevölkerungspolitischen und infrastrukturellen Faktoren.“

Aus der gleichen Quelle wird am 12.09.1996 ausgeführt:

„Bereits vorliegende Kostenrechnungen sollten, bevor endgültige Entscheidungen über Studiengänge gefällt werden, noch einmal kritisch geprüft werden, ob nicht ein, von wem auch immer, gewünschtes Ergebnis den Kostenvergleich beeinflusst hat. Objektiv lässt sich z.B. nur schwer nachvollziehen, weshalb der Neubau einer Klinik an einem Ort bedeutend günstiger sein sollte als die Fortführung der Sanierung einer am anderen Ort bereits vorhandenen Klinik. Im Interesse des Landes muss die Entscheidung zur Hochschulstruktur möglichst schnell und auf Grundlage von objektiven, nachvollziehbaren Kostenbetrachtungen fallen.“